

JULIA CAROLINE SCHERPE

Das Prinzip der
Gefahrengemeinschaft im
Privatversicherungsrecht

*Freiburger
Rechtswissenschaftliche
Abhandlungen*
8

Mohr Siebeck

FREIBURGER RECHTSWISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN

Herausgegeben von
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Band 8



Julia Caroline Scherpe

Das Prinzip der Gefahrengemeinschaft im Privatversicherungsrecht

Mohr Siebeck

Julia Caroline Scherpe, geboren 1982; 2002-07 Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen; 2010 Promotion an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; seit April 2010 Rechtsreferendarin am Landgericht Freiburg; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutsches und Ausländisches Zivilprozessrecht, Abt. II der Universität Freiburg.

ISBN 978-3-16-150863-9 / eISBN 978-3-16-160441-6 unveränderte eBook-Ausgabe 2021
ISSN 1864-3701 (Freiburger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Das Prinzip der Fahrengemeinschaft im Privatversicherungrecht

Inauguraldissertation
zur Erlangung der Doktorwürde

der Juristischen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

vorgelegt von

Julia Caroline Scherpe
2010

Erstgutachter: Prof. Dr. Alexander Bruns, LL.M. (Duke Univ.)

Zweitgutachter: Prof. Dr. Rolf Stürner

Datum der mündlichen Prüfung: 30. November/1. Dezember 2010

Dekan der Fakultät: Prof. Dr. Sebastian Krebber, LL.M. (Georgetown)

Ort der Prüfung: Freiburg

Erscheinungsjahr der Dissertation: 2011

„Handle so, dass die Maxime Deines Willens jederzeit
zugleich als Princip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“

Immanuel Kant, Kritik der praktischen Vernunft (1788), S. 54

$$P(S_n > \prod_n(S_n)) \xrightarrow{n \rightarrow \infty} 0$$

Formel für die gegen 0 strebende Wahrscheinlichkeit
eines die Gesamtprämieinnahmen übersteigenden Gesamtschadens
in einem homogenen Kollektiv nicht positiv korrelierter Risiken.

entnommen bei *Kischka* in FS Schwebler, S. 303 (304)

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2010/11 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im August 2010 fertig gestellt, Rechtsprechung und Literatur konnten für die Drucklegung bis März 2011 berücksichtigt werden.

Mein besonders herzlicher und aufrichtiger Dank gilt meinem Doktorvater Professor Dr. Alexander Bruns, LL.M. (Duke Univ.) für die Betreuung und Anleitung während der Promotionszeit. Nicht zuletzt die Möglichkeit, ihn zum Wintersemester 2008/09 nach seinem Ruf an die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Wissenschaftliche Mitarbeiterin begleiten zu können, hat der Motivation nochmals Auftrieb verliehen. Die bisherige Zeit am Lehrstuhl meines Doktorvaters, begonnen bereits als studentische Hilfskraft im Juli 2004 an der Georg-August-Universität Göttingen, hat meine wissenschaftliche, aber vor allem auch persönliche Entwicklung insgesamt stark beeinflusst.

Eine Danksagung möchte ich ebenso an Professor Dr. Rolf Stürmer richten, der sich nicht nur bereit erklärt hat, das Zweitgutachten zur vorliegenden Arbeit anzufertigen, sondern mir darüber hinaus die Aufnahme in die Reihe der Freiburger Rechtswissenschaftlichen Studien ermöglicht hat, was mich ganz besonders freut.

Die vorliegende Arbeit ist meinen Eltern Ulrike & Dr. med. Alexander Scherpe gewidmet, die zu jeder Zeit hinter mir gestanden und mich ermutigt und darin bestärkt haben, meinen eigenen Weg zu finden. Ich schätze mich glücklich, Eltern zu haben, die ihre Zeit und Kraft ohne zu zögern dafür einsetzen, mich zu unterstützen. Ganz besonders bei der Überarbeitung des Manuskripts waren sie mir eine enorme Hilfe.

Gleichermaßen widme ich diese Arbeit meiner im letzten Jahr verstorbenen Oma Elisabeth Florian. Was würde ich darum geben, ihr das gebundene und im Verlag veröffentlichte Werk präsentieren zu können, dessen Entstehung sie mit Interesse und Stolz begleitete.

Freiburg im Breisgau, im April 2011

Julia Caroline Scherpe

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Teil I – Allgemeine Grundlagen

Kapitel 1 – Problemstellung und Einführung in die Thematik	3
§ 1 Problemstellung	3
§ 2 Gang der Untersuchung	8
§ 3 Der Gefahrgemeinschaftsgedanke im deutschen Rechtssystem	10
§ 4 Versichertengemeinschaft im öffentlich-rechtlichen Versicherungsrecht	30
§ 5 Versichertengemeinschaft und Privatversicherungsrecht – Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	39
§ 6 Zusammenfassung zu Kapitel 1	55
 Kapitel 2 – Historische und sozioökonomische Rahmung der Gefahrgemeinschaft im Versicherungswesen.....	 57
§ 1 Das Gefahrgemeinschaftsprinzip in der historischen Entwicklung der Versicherung	 57
§ 2 Ökonomische Grundlagen des Versicherungsprinzips	65
§ 3 Soziale Akzeptanz der Gefahrgemeinschaft	74
§ 4 Zusammenfassung zu Kapitel 2	81
 Kapitel 3 – Rechtsvergleichende und verfassungsrechtliche Grund- parameter	 82
§ 1 Die Bedeutung des Gefahrgemeinschaftsprinzips im ausländischen Privatversicherungsrecht	 82
§ 2 Verfassungsrechtlich geforderter Ausgleich der Interessen?... 91	
§ 3 Ergebnis zu Kapitel 3	119

Kapitel 4 – Conclusio	121
-----------------------------	-----

Teil II – Dogmatik und rechtliche Ausformung der Gefahrgemeinschaft im Privatversicherungsrecht

Kapitel 5 – Dogmatische Grundlegung	125
§ 1 Thesen zu Grundlagen und Grenzen des Gefahrgemein- schaftsprinzips	125
§ 2 Die Rechtsnatur der Gefahrgemeinschaft	128
§ 3 Abstrakte Relevanz der Gefahrgemeinschaft	158
§ 4 Ergebnis zu Kapitel 5	170
Kapitel 6 – Ausgestaltung des Versicherungsvertrages mit Rücksicht auf das Gefahrgemeinschaftsprinzip – vertragszweck- immanente Grundsätze und gesetzliche Konkretisierung	172
§ 1 Die Gleichbehandlung der Versicherungsnehmer	172
§ 2 Vorgaben des Gefahrgemeinschaftsprinzips für die Vertragsgestaltung	212
§ 3 Verhalten des Versicherungsnehmers mit Auswirkungen auf die Gefahrgemeinschaft	228
§ 4 Zusammenfassung zu Kapitel 6	283
Kapitel 7 – Einfluss des Gefahrgemeinschaftsprinzips auf bestehende Regelungen des Privatrechts außerhalb des Versicherungs- rechts	285
§ 1 Kontrolle Allgemeiner Versicherungsbedingungen	285
§ 2 Gefahrgemeinschaft und Schadensersatzrecht	330
§ 3 Sonderfragen	339
§ 4 Beweislast und Beweismaß bei der Realisierung von Ansprüchen gegen die Versicherung	343
§ 5 Zusammenfassung zu Kapitel 7	346
Kapitel 8 – Conclusio	349

Teil III – Ergebnis und zukünftige Leitlinien

Kapitel 9 – Ergebnis zur Verwendung des Gefahrengemeinschafts- begriffs.....	353
Kapitel 10 – Ergebnis der Untersuchung.....	355
§ 1 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	355
§ 2 Leitlinien für das Versicherungsvertragsrecht in Thesenform	361
Literaturverzeichnis.....	363
Stichwortverzeichnis	387

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXV
-----------------------------	-----

Teil I – Allgemeine Grundlagen

Kapitel 1 – Problemstellung und Einführung in die Thematik	3
§ 1 Problemstellung	3
§ 2 Gang der Untersuchung	8
§ 3 Der Gefahrgemeinschaftsgedanke im deutschen Rechtssystem	10
I. Intentionen bei der Verwendung des Begriffs im Versicherungsrecht	10
1. Verbraucherverbände: „Verbrüderung“ der Versicherungsnehmer	11
2. Versicherungswirtschaft: „Wohlverhalten“ der Versicherungsnehmer	11
3. Rechtsprechung: Untermauerung der Ergebnisfindung ...	13
4. Ablehnung durch die herrschende Versicherungswissenschaft	13
5. Zusammenfassung	14
II. Nationalsozialistisches Gedankengut?	15
III. Analyse des Gefahrgemeinschaftsbegriffs	17
1. Allgemeines Verständnis	17
2. Wortlautanalyse	18
a. Gemeinschaft	18
b. Gemeinsame Gefahr	21
3. Ergebnis	21
IV. Verwendung des Gefahrgemeinschaftsbegriffs im deutschen Recht außerhalb des Versicherungsrechts	22
1. Zivilrechtliche Gefahrgemeinschaften	23
a. Miteigentümer/Gläubiger als Gefahrgemeinschaft ...	23
b. Gesamtschuldner/GmbH-Gesellschafter	24
c. Selbstaufopferung im Straßenverkehr	25
2. Strafrechtliche Gefahrgemeinschaft	26

3. „Haftungsablösung durch Versicherungsschutz“ bei gemeinsam auf einer Arbeitsstätte beschäftigten Arbeitnehmern (§ 105 SGB VII).....	27
4. Analyse der Fallgruppen und Bezug zur Versicherung ...	27
V. Zusammenfassung.....	29
§ 4 Versichertengemeinschaft im öffentlich-rechtlichen Versicherungsrecht	30
I. Die Belange der Versicherten im Versicherungsauf- sichtsrecht	30
II. Die Solidargemeinschaft in der Sozialversicherung.....	34
1. Funktionsweise der Sozialversicherung.....	34
2. Das Verhältnis von Versicherungsprinzip und Solidarität	37
§ 5 Versichertengemeinschaft und Privatversicherungsrecht – Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	39
I. Das Gefahrengemeinschaftsprinzip in der Definition der Versicherung.....	39
1. Keine Definition durch den Gesetzgeber	39
2. Begriffsbestimmung in der Literatur.....	40
a. Bedarfs- und Schadensersatztheorie.....	41
b. Plansicherungstheorie.....	42
c. Zusammenfassung.....	44
3. Der Begriff der Versicherung im Spiegel der Rechtsprechung.....	45
4. Zusammenfassung.....	46
II. Abgrenzung der Versicherung zur Wette durch den Risikoausgleich im Kollektiv.....	46
III. Unternehmensformen der Versicherung.....	48
1. Aktiengesellschaft	48
2. Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.....	49
3. Sonderfall: der kleinere VVaG.....	51
4. Zusammenfassung.....	52
IV. Massengeschäft Versicherung	52
V. Zusammenfassung.....	53
§ 6 Zusammenfassung zu Kapitel 1	55

Kapitel 2 – Historische und sozioökonomische Rahmung der Gefahrengemeinschaft im Versicherungswesen

§ 1 Das Gefahrengemeinschaftsprinzip in der historischen Entwicklung der Versicherung	57
I. Seeversicherung (Erwerbsversicherung).....	58
II. Genossenschaftliche Grundidee	62

III. Ergebnis des historischen Abrisses	64
§ 2 Ökonomische Grundlagen des Versicherungsprinzips	65
I. Versicherungsmathematische Voraussetzungen	66
II. Der Risikoausgleich als bloßes technisches Prinzip zur Handhabung des Versicherungsgeschäfts?	71
III. Risikoausgleich im Kollektiv als Auslaufmodell?	72
§ 3 Soziale Akzeptanz der Fahrengemeinschaft	74
I. Funktion der Versicherung	74
II. Moral hazard und Erwartungshaltung der Versicherungsnehmer	76
§ 4 Zusammenfassung zu Kapitel 2	81

Kapitel 3 – Rechtsvergleichende und verfassungsrechtliche Grundparameter

§ 1 Die Bedeutung des Fahrengemeinschaftsprinzips im ausländischen Privatversicherungsrecht	82
I. Frankreich	82
II. USA und Großbritannien	85
III. Schweiz	89
IV. Islamische Versicherung – Takaful	90
V. Ergebnis	90
§ 2 Verfassungsrechtlich geforderter Ausgleich der Interessen?	91
I. Schutz des Deckungsanspruchs über Art. 14 Abs. 1 GG	91
1. Urteile des BVerfG zur Überschussbeteiligung	92
a. Sachverhalt	92
b. Schutz des Eigentums gem. Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	94
c. Interessenkollision und -ausgleich	97
aa. In Bezug auf die Entscheidungen zur Überschussbeteiligung	97
bb. Verrechnung von Abschlusskosten und Mindestrückkaufwert	99
cc. Der „janusköpfige“ Versicherungsnehmer nach Schwintowski	101
d. Zusammenfassung	102
2. Übertragbarkeit auf jegliche Versicherungsan- sprüche?	103
a. Die Kapitallebensversicherung als taugliches Vergleichsobjekt?	103
b. Was ist Schutzgut?	104
c. Kriterien des Eigentumsschutzes	106
aa. Mehr als eine bloße Chance?	106
(1) Bloßer Kalkulationsposten?	106

(2) Aufschiebend bedingter Anspruch	108
(3) Schutz einer Anwartschaft nach dem BVerfG	109
bb. Eigene Leistung	110
cc. Angewiesenheit	111
dd. Ergebnis	111
d. Interessenkollision und Interessenausgleich	112
aa. In der Versicherungs-AG	112
bb. Im VVaG	113
3. Ergebnis zur Schutzposition der Versicherungsnehmer nach den Urteilen des BVerfG	114
4. Schutzposition über rechnerischen Bestand hinaus?.....	115
II. Gleichbehandlung der Versicherungsnehmer gem. Art. 3 Abs. 1 GG	116
III. Ergebnis der verfassungsrechtlichen Betrachtung.....	119
§ 3 Ergebnis zu Kapitel 3.....	119
 Kapitel 4 – Conclusio	 121

Teil II – Dogmatik und rechtliche Ausformung der Gefahrgemeinschaft im Privatversicherungsrecht

Kapitel 5 – Dogmatische Grundlegung.....	125
§ 1 Thesen zu Grundlagen und Grenzen des Gefahrgemeinschaftsprinzips.....	125
§ 2 Die Rechtsnatur der Gefahrgemeinschaft	128
I. Rechtliche Verbindung der Versicherungsnehmer untereinander?	128
1. Die Gefahrgemeinschaft mit Rechtspersönlichkeit	128
2. Die Lehre von der schlichten Interessengemeinschaft... 130	
3. Überwindung der Relativität des Versicherungs- vertrages?	134
4. Ergebnis.....	135
II. Treuhand- und Geschäftsbesorgungsmodell	135
1. Begriffe und Definitionen	136
2. Die treuhänderische Verwaltung des Prämienauf- kommens	137
a. Allgemeines zur Versicherung mit Treuhandcharakter.....	137
b. Verwaltungstreuhand.....	139

aa. Allgemeines zur Verwaltungstreuhand	139
bb. Geschäftsbesorgungsvertrag als schuldrechtliche Basis der Verwaltungstreuhand	140
(1) Geschäftsbesorgungsbegriff	140
(2) Nachschussverpflichtung der Versicherungsnehmer gem. § 670 BGB	141
(3) Herausgabepflicht des Versicherers gem. § 667 BGB	143
(4) Weitere Folgen	144
(5) Ergebnis	144
cc. Ergebnis	145
c. Sicherungstreuhand	145
d. „Ermittlungsrechtliche Versicherungstreuhand“	146
3. Ergebnis	146
III. Vertragsrechtliche Relevanz	148
1. Beherrschung des Versicherungsvertrages durch ein besonderes Maß von Treu und Glauben	150
2. Die Gefahrengemeinschaft als Abwägungskriterium	155
IV. „Sicherungsteam“ nach Haller?	155
V. Ergebnis	157
§ 3 Abstrakte Relevanz der Gefahrengemeinschaft	158
I. Strukturelle Folgen des Massengeschäfts kein Beweis des Gefahrengemeinschaftsprinzips	158
II. Kollektivinteressen im Versicherungsvertragsrecht und Grenzen der Berücksichtigungsfähigkeit	159
1. Begrenzungsfunktion des Gefahrengemeinschafts- prinzips	159
2. Garantiefunktion des Gefahrengemeinschaftsprinzips...	167
III. Gefahrengemeinschaft contra Verbraucherschutz?	167
1. Verbraucherschutz im kollektiven Vertragssystem	167
2. Der „mündige Verbraucher“	169
IV. Ergebnis	170
§ 4 Ergebnis zu Kapitel 5	170
 Kapitel 6 – Ausgestaltung des Versicherungsvertrages mit Rücksicht auf das Gefahrengemeinschaftsprinzip – vertragszweckimmanente Grundsätze und gesetzliche Konkretisierung	172
§ 1 Die Gleichbehandlung der Versicherungsnehmer	172
I. Gleichbehandlungsgebot	172
II. Sonderfragen	178

1. Die Gleichbehandlung von Altbestand und Neukunden als Problem	178
2. Bereicherungsverbot als Ausfluss der Gleichbehandlung?	180
3. Sittenwidrigkeit der Rückwärtsversicherung bei Kollusion zu Lasten der Versichertengemeinschaft.....	182
III. Grenzen der Gleichbehandlung	185
1. Garantiefunktion als Grenze für Individualisierungstendenzen.....	185
2. Beispiele privatversicherungsrechtlicher Solidarität.....	187
a. Elementarschadenversicherung in Deutschland und der Schweiz	187
b. Private Pflegeversicherung.....	190
c. Private Krankenversicherung	191
aa. Der Basistarif in der Privaten Krankenversicherung	191
bb. Prämien- und Bedingungsanpassung.....	193
cc. Kündigung durch den Versicherer.....	194
d. Ergebnis.....	195
3. Diskriminierungsverbot als Grenze für risikogerechte Tarifierung.....	195
4. Sonderproblem betreffend Versicherungsvertreter: Provisionsteilungsverbot zur Sicherung der Gleichbehandlung aller Versicherungsnehmer?	199
IV. Umsetzung der Gleichbehandlung	204
1. Prüfpflicht des Versicherers im Interesse der Gefahrengemeinschaft.....	204
a. Allgemeines.....	204
b. Interessenabwägung bei Datenschutz.....	206
c. Genomanalyse als Mittel vervollkommener Prämienäquivalenz?.....	207
2. Zulässigkeit von Kulanz im Versicherungsverhältnis....	210
§ 2 Vorgaben des Gefahrengemeinschaftsprinzips für die Vertragsgestaltung	212
I. Optimierungsfunktion der Versicherung nach J. Prölss.....	212
1. Allgemeines zur Optimierungspflicht	212
2. Rückerstattung „überhobener“ Prämien.....	214
3. Ergebnis für die Prämienkalkulation durch den Versicherer	219
II. Vorgaben in Bezug auf Risikoausschlüsse und Obliegenheiten	220

III. Einfluss des Gefahrengemeinschaftsprinzips auf Regelungen zur Prämie	222
1. Einlösungsprinzip als Ausfluss der Garantiefunktion	222
2. Aufhebung des „Grundsatzes“ der Unteilbarkeit der Prämie durch die VVG-Reform	223
§ 3 Verhalten des Versicherungsnehmers mit Auswirkungen auf die Gefahrengemeinschaft	228
I. Die Gefahrengemeinschaft als Grund für Obliegen- heiten	228
II. Anzeigebliedenheiten vor Vertragsschluss	229
1. Kritik an § 19 Abs. 4 VVG	230
2. Beibehaltung der Anpassungsmöglichkeit bei schuldloser Anzeigepflichtverletzung	233
3. Kenntnis des Versicherers	234
4. Ausschlussfrist	234
5. Zusammenfassung	235
III. Gefahrerhöhung	235
IV. Vertragliche Obliegenheiten	237
1. Berücksichtigung der Gefahrengemeinschaft bei der Kausalitätsfrage	237
2. Entkoppelung von Kündigung und Leistungsfreiheit	239
V. „Zurückdrängung“ des Alles-oder-Nichts-Prinzips	240
1. Einführung	240
a. Der Begriff der groben Fahrlässigkeit	244
b. Rahmenbedingungen	247
aa. Vorgängerregelungen und Rechtsprechung	247
bb. Rechtslage nach der Reform	249
(1) Vertragliche Obliegenheiten	249
(2) Herbeiführung des Versicherungsfalles	250
(3) Zusammenfassung	250
c. Lösungsansätze in anderen Rechtsordnungen	251
d. Vergleichskonstellationen	252
aa. Eigenübliche Sorgfalt	252
bb. § 162 Abs. 2 BGB	253
cc. Vergleich mit der Ehe als besonderem Treue- verhältnis	254
dd. Parallele zum Mitverschulden gem. § 254 BGB	254
ee. Vergleich mit der Arbeitnehmerhaftung	256
ff. Ergebnis	257
2. Interessenbestimmung und -abwägung	257
a. Allgemeine Erwägungen	258
b. Das Gefahrengemeinschaftsargument	260

aa. Verantwortungsbereiche.....	261
bb. Moralisches Risiko	263
cc. Wettlauf des Wettbewerbs.....	265
dd. Exkurs: Differenzierung nach Art der Obliegen- heit?	266
ee. Ergebnis	269
c. Prämien erhöhungen als Folge der Quotelung	269
d. Exkurs: Die Ausnahmetatbestände.....	271
e. Ergebnis.....	272
3. Überlegungen zur neuen Quotenregel.....	274
a. Maximalquote 50 %	274
b. „Versicherungsfeindliche“ Haltung	275
c. Quotelung auch bei mittlerer Fahrlässigkeit?.....	277
d. Abschaffung der zwingenden Ausgestaltung	279
e. Zusammenfassung	281
VI. Ergebnis.....	281
§ 4 Zusammenfassung zu Kapitel 6.....	283

Kapitel 7 – Einfluss des Gefahrengemeinschaftsprinzips auf bestehende Regelungen des Privatrechts außerhalb des Versicherungsrechts.....	285
§ 1 Kontrolle Allgemeiner Versicherungsbedingungen	285
I. Einführung und Begriffsklärung.....	285
II. Objektive Auslegung.....	289
1. Versicherungsrechtliche Besonderheiten	290
a. Berücksichtigungsfähigkeit individueller Umstände ..	290
b. Auswirkungen der Auslegung auf die übrigen Versicherungsnehmer.....	291
c. Auslegung und Unklarheitenregel.....	293
d. Beispiel 1: „Notwendige Heilbehandlung“ i.S.d. MB/KK.....	294
e. Beispiel 2: Wahrnehmung der rechtlichen Interessen durch den Rechtsschutzversicherer	298
2. Begrenzung der versicherungsrechtlichen Abweichungen.....	298
III. Transparenzkontrolle.....	300
IV. Inhaltskontrolle.....	302
1. Berücksichtigungsfähige Interessen im Rahmen der AVB-Kontrolle.....	303
a. Drittinteressen in der AVB-Kontrolle	304
b. Kriterien für die Berücksichtigung des Kollektivinteresses	306

2. Beispiele	308
a. Ausschlussklauseln	308
aa. Allgemeines	308
bb. Beispiele	310
cc. Zulässigkeit von Wartezeiten und Ansparungsvorgängen	311
(1) In der Privaten Arbeitslosen- und Kranken- versicherung	312
(2) In der Rechtsschutzversicherung	313
dd. Ergebnis	316
b. Obliegenheits- und Verwirkungsklauseln	317
c. Zehnjahresklausel	317
d. Prozessführungsmacht des Versicherers in der Kfz- und allgemeinen Haftpflichtversicherung	319
e. Sachverständigenkosten in der Hausratversicherung ..	320
3. Die Berücksichtigung der Umstände des Vertragsschlusses	321
V. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit von AVB und Anpassungsklauseln	321
1. Klauselersetzung und -anpassung	322
a. §§ 163, 164 VVG (Lebensversicherung)	322
b. Schwierigkeiten der Klauselanpassung am Beispiel des „Wirtschaftlichkeitsgebotes“	323
2. Ersetzung durch Gesetzesrecht, § 306 Abs. 2 BGB	328
3. Ergänzende Vertragsauslegung	328
VI. Zusammenfassung	329
§ 2 Gefahrengemeinschaft und Schadensersatzrecht	330
I. Anspruch auf Versicherungsschutz aus culpa in contrahendo	330
II. Auswirkungen des Schmerzensgeldniveaus auf die Versichertengemeinschaft	332
III. Das Versichertenkollektiv als Grenze für die Verhängung von punitive damages	335
IV. Zusammenfassung	337
§ 3 Sonderfragen	339
I. Versichertengemeinschaft und Anknüpfung im IPR	339
II. Regressnahmepflicht des Versicherers	341
III. Zurückbehaltungsrecht an den Prämien der Versichertengemeinschaft	342
§ 4 Beweislast und Beweismaß bei der Realisierung von Ansprüchen gegen die Versicherung	343
§ 5 Zusammenfassung zu Kapitel 7	346

Kapitel 8 – Conclusio	349
-----------------------------	-----

Teil III – Ergebnis und zukünftige Leitlinien

Kapitel 9 – Ergebnis zur Verwendung des Gefahrengemeinschaftsbegriffs	353
---	-----

Kapitel 10 – Ergebnis der Untersuchung	355
--	-----

§ 1 Zusammenfassung der Ergebnisse	355
--	-----

§ 2 Leitlinien für das Versicherungsvertragsrecht in Thesenform	361
--	-----

Literaturverzeichnis	363
----------------------------	-----

Stichwortverzeichnis	387
----------------------------	-----

Abkürzungsverzeichnis

ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft/Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz, außer Kraft seit 01.01.2002)
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
ARB	Allgemeine Rechtsschutzbedingungen
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (seit 01.05.2002)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAV	Bundesamt für Versicherungsaufsicht (vor dem 1.5.2002)
BB	Besondere Bedingungen/Betriebs-Berater
Bd.	Band
Begr.	Begründung
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Berliner Kommentar
BR-Drucks.	Bundesrat-Drucksache
BT-Drucks.	Bundestag-Drucksache
BUZ	Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
C. ass.	<i>Code des assurances</i>
c.i.c.	<i>culpa in contrahendo</i>
DÖV	Deutsche öffentlich-rechtliche Versicherung
ed.	<i>edition/editor</i>
Einl.	Einleitung
et al.	<i>et alii</i> (lat., und andere)
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende/r (Singular)

ff.	folgende (Plural)
FG	Festgabe/Finanzgericht
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GDV	Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
GenG	Genossenschaftsgesetz
GKV-WSG	Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung
GmbHG	Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GS	Gedenkschrift/Gedächtnisschrift/Geburtstagsschrift
GUMG	Gesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (Schweiz)
HdV	Handwörterbuch der Versicherung
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
ibid.	<i>ibidem</i> (lat., ebenda)
i.d.F.	in der Fassung
IPR	Internationales Privatrecht
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
JO Doc. Parl.	Journal officiel de la République Française/Documents parlementaires
JR	Juristische Rundschau
jurisPR-VersR	juris Praxis-Report Versicherungsrecht
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KalV	Kalkulationsverordnung (Verordnung über die versicherungsmathematischen Methoden zur Prämienkalkulation und zur Berechnung der Alterungsrückstellung in der privaten Krankenversicherung)
KVLG	Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte
LG	Landgericht
lit.	<i>litera</i>
MB/KK	Musterbedingungen für die Krankheitskosten- und Krankenhaustagegeldversicherung
MindZV	Mindestzuführungsverordnung (Verordnung über die Mindestbeitragsrückerstattung in der Lebensversicherung)
m.N.	mit Nachweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
N.	<i>number/numéro</i>
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OGH	Oberster Gerichtshof
OLG	Oberlandesgericht
OOGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof

PEICL	Principles of European Insurance Contract Law
PflVG	Pflichtversicherungsgesetz
PharmR	Pharmarecht, Fachzeitschrift für das gesamte Arzneimittelrecht
p.	<i>page</i>
pp.	<i>pages</i>
Rdn.	Randnummer
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RIDA	<i>Revue internationale des droits de l'antiquité</i>
Rspr.	Rechtsprechung
r+s	Recht und Schaden
sec.	<i>section</i>
SGB	Sozialgesetzbuch
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
ss.	<i>subsequent</i>
StVG	Straßenverkehrsgesetz
TTIPLJ	<i>Tort Trial & Insurance Practice Law Journal</i>
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VerAfP	Veröffentlichungen des Reichtsaufsichtsamtes für die Privatversicherung
VersPrax	Versicherungspraxis
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
VN	Versicherungsnehmer
Vol.	<i>Volume</i>
VOR	Zeitschrift für Verkehrs- und Ordnungswidrigkeitenrecht
Vorbem.	Vorbemerkung
VR	Versicherer
VuR	Verbraucher und Recht
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VVG	Versicherungsvertragsgesetz (seit 1.1.2008)
VVG a.F.	Versicherungsvertragsgesetz (in der vor dem 1.1.2008 geltenden Fassung)
VW	Versicherungswirtschaft
Yale L.-J.	The Yale Law Journal
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen
ZGH	Zeitschrift für das Gesamte Handelsrecht (seit 1908: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht [ZHR])
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (bis 1960: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht)
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Für weitere verwendete, hier nicht erläuterte Abkürzungen wird auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnisverzeichnis der Rechtssprache, 6. Aufl., Berlin 2008 verwiesen.

Teil I – Allgemeine Grundlagen

Kapitel 1

Problemstellung und Einführung in die Thematik

§ 1 Problemstellung

Die Frage nach der Existenz einer Fahrgemeinschaft im Versicherungswesen ist auch und vor allem für die Rechtswissenschaft keine neue Thematik¹; *Pataki*² ist Recht zu geben, wenn er konstatiert, der Terminus ziehe sich „durch das versicherungsrechtliche Schrifttum wie ein roter Faden“. Dennoch hat die Fragestellung nichts an Aktualität eingebüßt; es scheint in gewissen Abständen eine Renaissance der Debatte zu geben, wobei sich ablehnende und befürwortende Haltung unversöhnlich gegenüberstehen³. Aktueller Ausgangspunkt für eine Wiederaufnahme der Diskussion sind die beiden Urteile des BVerfG vom 26.07.2005 zur Überschussbeteiligung in der Lebensversicherung⁴ sowie – ganz aktuell – die am 01.03.2011 verkündete Entscheidung

¹ Vgl. nur *Dreher* Rechtsprodukt S. 35, 124 ff. m.w.N.; *Büchner* ZVersWiss 1978, 579 ff.; *E. Prölss* VersR 1950, 137 f.

² *Pataki* Geschäftsbesorgungsgedanke S. 36.

³ Die rechtliche Relevanz der Fahrgemeinschaft erkennen an (hier noch ohne Differenzierung nach – deutlich divergierenden – Zielrichtungen, vgl. dazu insbesondere Kapitel 1, § 3 I und Kapitel 5, § 2 II): *Prölss/Martin/J. Prölss* Vorbem. II Rdn. 1; *Bruck/Möller* Einl. Rdn. 66, § 1 Rdn. 4; *MünchKommVVG/Bruns* Vorbem. vor §§ 307–309 BGB Rdn. 77; *Bruck* in Beiträge zum Wirtschaftsrecht II, S. 1260 (1268 f.); *Eichler* Versicherungsrecht S. 8 ff.; *R. Schmidt* in FG E. Prölss, S. 247 (248 f.); *Schwarz* NJW 1995, 491 ff.; *Rassow* VersR 1983, 893 (894 f.); *Büchner* ZVersWiss 1978, 579 (584 f.). Ohne sich mit der Frage eingehender auseinanderzusetzen, aber dennoch bejahend: *Deutsch*, Das neue Versicherungsvertragsrecht, Rdn. 153; *Langheid* NJW 2006, 3317 (3318); *Schenke* VersR 2006, 725 (726); *Armbrüster* VersR 2003, 675 (676, 679); *J. Prölss* NVersZ 2000, 153 (157 f.); *Schünemann* JuS 1995, 1062 (1065). Aus der Rechtsprechung vgl. BGHZ 79, 76 (88); 84, 286 (272); 88, 78 (81); BGH VersR 1960, 549 (550); 1978, 1037. Ablehnend stehen der Fahrgemeinschaft mit rechtlicher Relevanz u.a. gegenüber: *Dreher* Rechtsprodukt S. 127; *Pataki* Geschäftsbesorgungsgedanke S. 46, 51; *Schwintowski*, Der private Versicherungsvertrag zwischen Recht und Markt, S. 93; *Frey* Gleichbehandlung S. 28 ff.; *E. Lorenz*, Fahrgemeinschaft und Beitragsgerechtigkeit, S. 14 f.; *Jung* VersR 2003, 282 (287); *Schmidt-Salzer* in FS E. Lorenz (1994), S. 587 (614 ff.); *Karten* VW 1981, 1604 (1615); *Werber* VW 1981, 1378 (1380); *Schmidt-Rimpler* VersR 1963, 493 (504 ff.).

⁴ 1 BvR 782/94 – BVerfGE 114, 1 ff. = NJW 2005, 2363 ff.; 1 BvR 80/95 – BVerfGE 114, 73 ff. = NJW 2005, 2376 ff. Siehe dazu die verfassungsrechtlichen Ausführungen, Kapitel 3, § 2.

des EuGH, welche zwingend die Schaffung von Unisex-Tarifen fordert, um die Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu gewährleisten⁵. Erneute Belegung verdient die Gefahrengemeinschaftsdiskussion auch im Hinblick auf die zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene (Total-)Reform des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG)⁶. Das bisher gesetzlich fixierte Alles-oder-Nichts-Prinzip wurde dabei größtenteils in ein Quotelungsprinzip umgewandelt und das Kausalitätserfordernis im Rahmen der Obliegenheitsverletzungen – angelehnt an die bereits seit längerem in der Rechtsprechung vorgenommene Korrektur⁷ – gesetzlich verankert. Der Versicherer hat zudem neue, weitergehende Informations- und Beratungspflichten einzuhalten. Allein diese Beispiele verdeutlichen bereits die Intention des Gesetzgebers: die Schaffung zusätzlicher Verbraucherschutzes⁸.

Das Bild der Versicherung, welches zumeist in der Öffentlichkeit gezeichnet wird und als Grundlage der Reform dient, ist das eines bloßen Bündels individueller und voneinander unabhängiger Verträge, die der Versicherer als Unternehmer mit einzelnen Versicherungsnehmern schließt. Doch trifft dies tatsächlich den Kern der Versicherungsunternehmung? Werden das Verhältnis von Versicherer und Versicherungsnehmer sowie das Verhältnis der Versicherungsnehmer untereinander damit korrekt abgebildet? Müsste nicht vielmehr – angesichts des Funktionsprinzips der Privatversicherung, des Risikoausgleichs im Kollektiv⁹ – eine Interessenabwägung im Dreiecksverhältnis vorzunehmen sein, unter Berücksichtigung der Interessen der Gesamtheit aller Versicherungsnehmer auch im einzelnen Versicherungsvertrag? Diese Frage lässt sich im Spannungsverhältnis Individuum – Kollektiv noch weiter zuspitzen, mit dem Ergebnis zweier Extrempositionen:

⁵ EuGH, Rechtssache C-236/09 – *Test-Achats*, Urteil vom 01.03.2011 betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen nach Art. 234 EG, eingereicht von der *Cour constitutionnelle* (Belgien).

⁶ Art. 1 des Gesetzes vom 23.11.2007, BGBl. I S. 2631 ff.

⁷ Zur Relevanzrechtsprechung vgl. BGH r+s 2005, 420 f.; BGHZ 96, 88 (91 f.); BGH VersR 1969, 411 (412); BGHZ 40, 387 (389).

⁸ Vgl. Begründung zum Regierungsentwurf, A. Problem und Ziel. Mangels Differenzierung zwischen Verbrauchern und Unternehmern im Versicherungsrecht kommen die Schutzmaßnahmen allen Versicherungsnehmern gleichermaßen zugute; vgl. dazu auch Freitag r+s 2008, 96: „Insoweit ließe sich als gesetzgeberische Zielsetzung eher die Stärkung eines allgemeinen Kundenschutzes festhalten [...]“.

⁹ Der Begriff des „Kollektivs“ wird in dieser Arbeit fortlaufend auch für die Gesamtheit der Versicherungsnehmer eingesetzt, ebenso findet die Bezeichnung des „Kollektivinteresses“ Verwendung. Hierbei handelt es sich um eine Anlehnung an die später noch näher zu erläuternde Funktionsweise der Privatversicherung (siehe unten Kapitel 2, § 2), ein etwaiges „kommunistisches“ Verständnis ist – dies sei klargestellt, um Fehlinterpretationen zu vermeiden – nicht intendiert.

Auf der einen Seite steht das klassische Idealbild der gegenseitigen Absicherung¹⁰ unter dem Motto „*Einer für alle, alle für einen*“. Hier kommt einem Versicherungsunternehmer so gut wie keine eigenständige Bedeutung zu, die Versicherungsnehmer benötigen ihn allenfalls als „Organisator“ ihrer „Umverteilungsgemeinschaft“, d.h. dem Versicherer käme allein eine Stellung als Treuhänder bzw. Geschäftsbesorger zu¹¹. Versicherung ist in diesem Kontext gleichzusetzen mit der Gesamtheit der Versicherungsnehmer, welche ein Sondervermögen errichten, aus dem von Schadensereignissen Betroffene Ersatz erhalten. Dieser Ansatz – (minimal abgemildert) zu finden in einem von der SPD-Fraktion bereits im Jahre 1997 in den Bundestag eingebrachten, allerdings letztlich nicht umgesetzten Entwurf zum neuen VVG¹² – stellt in seiner Reinform das gesamte geltende Geschäftsmodell der Versicherer in Frage¹³. Vom Grundansatz her findet sich dieses genossenschaftlich geprägte Modell in den Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit (VVaG) wieder.

Auf der anderen Seite steht das Wirtschaftsunternehmen des freien Marktes – zumeist als Aktiengesellschaft ausgestaltet –, dessen oberste Priorität der *shareholder value* ist¹⁴. Der Versicherungsnehmer tritt in diesem Modell lediglich als Kunde auf, welcher das Produkt Versicherung nachfragt¹⁵; häufig wird der Versicherungsvertrag dabei mit einem einfachen Kaufvertrag gleichgesetzt¹⁶. Diese Konstruktion entspricht eher dem herrschenden Bild von Versicherung in der Bevölkerung. Zum Teil wird dem Versicherer sogar das „Geschäft mit dem Unglück“ vorgeworfen¹⁷, da er Kapital aus dem Schadensrisiko seiner Versicherungsnehmer schlägt, welche auf die Absicherung angewiesen sind¹⁸. Aber auch für den einzelnen Versicherungsnehmer steht in diesem

¹⁰ Ob es sich hierbei tatsächlich um *Versicherung* handelt, ist später noch eingehender zu untersuchen, vgl. Kapitel 2, § 1.

¹¹ Dieses Modell vertreten primär der Geschäftsführer des Bundes der Versicherten *H. D. Meyer* Versicherungs(un)wesen S. 16 ff.; *ders.* ZRP 1990, 424 (428) und *Schünemann* JZ 1995, 430 (431); *ders.* BB 1995, 417 (418 f.); *ders.* JuS 1995, 1062 (1066 ff.).

¹² BT-Drs. 13/8163 vom 2. Juli 1997.

¹³ *Hesberg/Karten* NVersZ 1999, 1. Dazu ausführlich Kapitel 5, § 2 II.

¹⁴ *Bruck* in Beiträge zum Wirtschaftsrecht II, S. 1260 (1264); *E. Prölss* ZVersWiss 1961, 109 (122 f.). Vgl. ausführlich zu der Problematik *Farny*, Shareholder Value versus Policyholder Value von Versicherungsunternehmen, 2003.

¹⁵ *Wilke* in *Farny*, HdV, Stichwort: Versicherungsnehmer als Partner der Individualversicherung, S. 1101. Zur Einordnung der Versicherung als Rechtsprodukt vgl. *Dreher* Rechtsprodukt.

¹⁶ *Hartwig/Möhrle* VW 2001, 722. Kritisch zu diesem Vergleich *Prölss/Martin/J. Prölss* § 1 Rdn. 83; *Rassow* VersR 1983, 893. Vgl. zur historischen Einordnung der Versicherung als Kauf des *eventus periculi* *Nehlsen-von Stryk* Seeversicherung S. 27.

¹⁷ Vgl. nur *Adams* ZIP 1997, 1224 (1227): „Ausplünderung von Versicherungskunden“.

¹⁸ Dem tritt *R. Schmidt* VersR 1991, 516 (517) entgegen: „Dieses findet in den unzulässig vergrößernden Formeln Ausdruck, der VN stehe, selbst ‚arm‘ und ‚schwach‘, einem ‚reichen‘ und ‚starken‘ Versicherer gegenüber“. Hingegen *Böttner* Treuhandmodelle S. 33: „Es gilt in

Modell der individuelle Vorteil gegenüber dem Vertragspartner Versicherung im Vordergrund, nicht die Funktionsfähigkeit eines Kollektivs¹⁹. Die Prämie wird gezahlt, um von der Last des Risikos jedenfalls in finanzieller Hinsicht befreit zu werden. Dies führt zu einer steigenden Anspruchshaltung der Versicherungsnehmer im Hinblick auf die Versicherungsleistungen, die Problematik des *moral hazard* bis hin zum Versicherungsbetrug nimmt zu²⁰. Der Versicherungsvertrag ist hier ein Individualvertrag wie jeder andere, beispielsweise ein Bankvertrag²¹, bei welchem ebenso ein Unternehmen Dauerverträge mit vielen Kunden abschließt. Eine irgendwie geartete rechtliche Berücksichtigung der Tatsache, dass das Versicherungsunternehmen einen Risikoausgleich innerhalb der Gesamtheit der Versicherungsnehmer vornimmt²², wird in diesem Modell zumeist abgelehnt, es handele sich dabei um einen rein ökonomischen bzw. versicherungsmathematischen Vorgang ohne Auswirkungen auf rechtlicher Ebene²³.

Bereits aus dieser knappen Zusammenfassung wird deutlich, dass beide Ansichten nicht ohne Weiteres in Einklang zu bringen sind. Dies führt zu einem – nicht selten auch polemisch geführten²⁴ – Streit, in welchem die jeweils

diesem Fall der Satz: „Je weniger zum Zweck der Schadensregulierung ausbezahlt wird, desto größer der Unternehmensgewinn!“ Dies führt zwangsläufig dazu, dass die Versicherungsunternehmen ein starkes Interesse daran haben, Zahlungen zur Schadensregulierung zu vermeiden“. Und auch insgesamt wird die wirtschaftlich starke Position des Versicherers häufig als Bedrohung für den auf die Versicherung angewiesenen Versicherungsnehmer angesehen, welcher in Bezug auf die Vertragsausgestaltung keinerlei Mitsprachemöglichkeit hat, sondern sich nur für „ja“ oder „nein“ entscheiden kann – und selbst dies angesichts oft gleichlautender AVB verschiedener Versicherer auch nur begrenzt, will er das Risiko in jedem Falle abwälzen; vgl. z.B. *Walek*, Die Grenzen der Privatautonomie im Privatversicherungsrecht, S. 66, 119.

¹⁹ *Winter* Versicherungsaufsichtsrecht S. 159.

²⁰ Zum Versicherungsbetrug als betriebswirtschaftlichem Problem siehe *Fetchenhauer/Müller* VW 1996, 620 ff.

²¹ Die Parallele zum Bankvertrag wird in der Argumentation zu bestimmten Themenkomplexen häufig herangezogen, vgl. nur *Böttner* Treuhandmodelle S. 45 f.; *Sieg* Wechselwirkungen S. 6.

²² Hierzu ausführlich unten Kapitel 2, § 2.

²³ *Pachlatko* Selbstverständnis S. 23 stellt fest, dass die Gefahrgemeinschaft heute nur noch die Bedeutung eines versicherungstechnischen Prinzips habe, die soziologische Komponente hingegen keine Rolle spiele. Als „*schlichte Finanzierungsgemeinschaft*“ betitelt *Schwintowski*, Der private Versicherungsvertrag zwischen Recht und Markt, S. 93 die Gesamtheit der Versicherungsnehmer, wobei dies angesichts der Verwendung des Wortes „Gemeinschaft“ schon wieder eher weitgehend ist. Ebenfalls ablehnend hinsichtlich eines Beziehungsgefüges der Versicherungsnehmer äußert sich z.B. *Dreher* Rechtsprodukt S. 125.

²⁴ Siehe nur den „Schlagabtausch“ zwischen *Grote/Langheid* VersR 2003, 1469 (1473) und VersR 2004, 823 und *Schünemann* VersR 2004, 817 (820). *Pataki* Geschäftsbesorgungsgedanke S. 45 führt dies auf die ideologische bzw. lobbyistische Prägung der Diskussion zurück, zu der im Folgenden unter Kapitel 1, § 3 I noch Stellung genommen werden soll. *Schünemann* BB 1995, 417 spricht lediglich davon, dass im Versicherungsrecht aufgrund der vita-

andere Auffassung für absurd gehalten wird²⁵. Interessant ist dabei, dass zwar ersteres Modell den Verbraucherverbänden zuzuschreiben ist, letzteres jedoch nicht der Auffassung der Versicherungsunternehmen entspricht, wie man zunächst vermuten könnte. Die Ablehnung der Existenz einer Gefahrengemeinschaft ist überwiegend in der Wissenschaft zu finden, während diesbezüglich bei Verbraucherschützern und Versicherern überraschend Einigkeit besteht. Der Gefahrengemeinschaftsgedanke prägt auch das Selbstverständnis der Versicherungen. Die *WWK* (allerdings ein *VVaG* und damit dem genossenschaftlichen Modell von seiner Grundtendenz her näher als eine Versicherungs-AG) beispielsweise wirbt seit 2008 in einer Kampagne mit Fernsehspots und Printwerbung mit dem Slogan: „*Es ist die Gemeinschaft, die uns stark macht*“²⁶. Dennoch muss man sich klar machen – dies ist nun weniger überraschend –, dass die Versicherer größtenteils deutlich andere Schlüsse aus der Existenz einer Gefahrengemeinschaft ziehen wollen als die Verbraucherverbände²⁷.

Trotz dieser anhaltenden Auseinandersetzung ist eine umfassende dogmatische Analyse des Gefahrengemeinschaftsprinzips in der Versicherung bisher unterblieben; für eine etwas intensivere Auseinandersetzung mit der Frage seien beispielhaft die Werke von *Schwarz*²⁸ und *Dreher*²⁹ sowie für einen marketing- und managementtechnischen (und daher rechtliche Gesichtspunkte nur am Rande berücksichtigenden) Ansatz *Haller*³⁰ und *Pachlatko*³¹ genannt. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass in neuerer Zeit immer mehr Autoren das Thema für wenig ergiebig bzw. gänzlich überflüssig befinden³² oder

len ökonomischen Interessen, des involvierten Kapitals und der Zahl der Versicherungsverhältnisse häufig „*nicht völlig emotionslos argumentiert wird*“ (mit Verweis auf *H. D. Meyer* Versicherungs(un)wesen, 1993).

²⁵ Vgl. nur *Karten* in FS *Schwebler*, S. 279 (283), welcher der Ansicht ist, dass ein Abstellen auf das Wesen der Versicherung als Gefahrengemeinschaft eine „*dogmatische, quasi freischwebende Position*“ darstellt. Des Weiteren führt er aus: „*Andererseits verdeutlicht es aber auch das faktische Gewicht dieser Ansichten in der Realität. Auch reine Glaubenssätze können Basis für Normen sein, wenn diese von Mehrheiten durchgesetzt werden.*“

²⁶ Dazu der Vorstandsvorsitzende der *WWK*, *Jürgen Schrameier* in einer Pressemitteilung vom 21.01.2009: „*Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) sind wir auch heute noch ausschließlich unseren Kunden, sprich, unseren Mitgliedern, verpflichtet und agieren unabhängig von Aktionärsinteressen. Wir sind eine starke Gemeinschaft, alle tragen gemeinsam die Last des Einzelnen*“. Die oben erwähnten Werbespots sind im Internet zu finden unter <http://www.wwk.de> (Stand: 01.04.2011).

²⁷ Weitere Ausführungen hierzu finden sich unter Kapitel 1, § 3 I.

²⁸ *Schwarz* Alles-oder-Nichts-Prinzip S. 94–113.

²⁹ *Dreher* Rechtsprodukt S. 124 ff.

³⁰ *Haller* Sicherungsteam S. 9 ff.

³¹ *Pachlatko* Selbstverständnis S. 13 ff.

³² So zum Beispiel *Sieg* Versicherungsvertragsrecht S. 23; *ders.* *ZVersWiss* 1985, 321 ff.; *Müller* in *Rolf/Spahn/Wagner*, Sozialvertrag und Sicherung, S. 129 (134 ff.). *Pataki* Geschäftsbesorgungsgedanke S. 46 bezeichnet die Gefahrengemeinschaft als „*rechtliches Nul-*

der Gefahrengemeinschaftsgedanke sogar als vollkommen irreführend und schlichtweg unvertretbar bezeichnet wird³³. Dennoch birgt die Frage nach der Gefahrengemeinschaft ein großes Potential in sich, da sie – wie später noch zu zeigen sein wird – grundlegenden Einfluss auf das Versicherungswesen haben kann und – soviel sei vorweggenommen – haben muss und somit neben ihrem dogmatischen Anspruch auch Praxisbezogenheit herstellt. Schwarz³⁴ schreibt hierzu: „Die Versichertengemeinschaft ist also ein Faktum des täglichen Lebens und nicht eine akademische Idee ohne Bezug zur Wirklichkeit“. E. Prölss³⁵ spricht gar von einem „Leitstern für die Anwendung des Versicherungsrechts“.

Bei der Bearbeitung ist allerdings besonderes Augenmerk auf die Lobbygruppen zu richten. Die vorgebrachten Stellungnahmen sind nicht selten von bestimmten Interessen geleitet, so dass sie nicht vorschnell ohne genauere Verifizierung als stimmig hingenommen werden können. Vielmehr sind (versicherungs)rechtspolitisch motivierte Statements kritisch zu hinterfragen und ein genauerer Blick auf die argumentative Untermauerung zu werfen³⁶.

§ 2 Gang der Untersuchung

Die beste Vorgehensweise zur Untersuchung der Gefahrengemeinschaftsfrage offenbart sich nicht auf den ersten Blick. Vielmehr ist zunächst zu klären, von welchem Ende das Problem „aufzuzäumen“ ist: Ist eine Gefahrengemeinschaft abstrakt nachzuweisen, um sodann deren Folgen für das Versicherungsrecht aufzuzeigen? Oder ist dies unmöglich, weil sich die Gefahrengemeinschaft gerade über ihre Rechtsfolgen definiert? Die Versicherung ist – wie im Übrigen das gesamte Recht, was häufig bei dogmatischen Streitigkeiten in Vergessenheit zu geraten scheint – kein absolut feststehendes Konstrukt, kei-

lum“. Als noch nicht abgeschlossen betrachtet hingegen Krömmelbein Gleichbehandlungsgrundsatz S. 23 die Diskussion um die Gefahrengemeinschaft.

³³ Karten VW 1981, 1604 (1615) ist der Ansicht, der Begriff sollte „in der wissenschaftlichen Diskussion und in der Rechtspraxis möglichst vergessen werden, [er sei] trügerisch und für sachliche Folgerungen nicht tragfähig.“; ähnlich ders. in FS Schwebler, S. 279 (282 f.).

³⁴ Alles-oder-Nichts-Prinzip S. 103.

³⁵ VersR 1950, 137.

³⁶ Insbesondere Präge wird als Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) nicht selten eine voreingenommene Haltung vorgeworfen, beispielsweise von Schönemann VuR 2003, 58 mit Fn. 1. Ebenso wird Wandt lobbyistische Stellungnahme unterstellt, vgl. Schönemann in VersWissStud 34, S. 29 (41 mit Fn. 57). Allerdings gilt dies wohl – mit umgekehrten Vorzeichen – in gleichem Maße für den Kritiker.

ne naturgegebene Einrichtung³⁷. Auch sie ist Objekt der Rechtsentwicklung – als Privatversicherung zuvörderst sogar Gegenstand der Wirtschaft, mit Rezeption im Recht³⁸. Sodann wäre das Versicherungsrecht nach Anhaltspunkten zu durchforsten, welche einen Rückschluss auf die Gefahrengemeinschaft zulassen. Die Analyse bestimmter Vorgaben und gesetzlicher Konstruktionen könnte die Annahme einer Gefahrengemeinschaft bestätigen bzw. zu einer solchen Annahme führen. Dies legte den Schluss nahe, dass die Gefahrengemeinschaft durchaus auch „abgeschafft“ werden könnte, indem die betreffenden Regelungen einfach einer Änderung unterzogen würden; es sei denn, es gäbe ein „Wesen der Versicherung“, welches den Kern des Gefahrengemeinschaftsprinzips schützte.

Doch betrachtet man einmal die Versicherung als solche genauer, so wird deutlich, dass die ökonomischen Gegebenheiten und Voraussetzungen für das Funktionieren von Versicherung möglicherweise der Schlüssel zu der Gefahrengemeinschaftsproblematik sein könnten. Dies würde bedeuten, dass eben doch eine Gefahrengemeinschaft auf abstrakter Ebene bestehen könnte, deren Rechtsfolgen sich anhand des geltenden Rechts nachvollziehen ließen, die aber auch für zukünftige Rechtsänderungen als Maßstab gelten müsste. Ist die Gefahrengemeinschaft sogar *essentialium assicurationis*, könnten Reformen das Gesetz so verändern, dass es der zugrunde liegenden Idee zuwiderläuft und damit einer Revision bedarf. Insbesondere bietet sich hier eine Analyse der gesetzlichen Gegebenheiten im Hinblick auf Rechte und Pflichten der Vertragsparteien an, wobei auch ein Vergleich zwischen dem alten VVG und dem neuen Gesetzeswortlaut nach der Reform vorzunehmen ist.

Um eine stichhaltige Basis für das Gefahrengemeinschaftsprinzip herauszuarbeiten, werden zunächst die historischen und ökonomischen Grundlagen des Versicherungswesens untersucht sowie eine verfassungsrechtliche Prüfung vorgenommen, mit welcher die Existenz einer Gefahrengemeinschaft möglicherweise gestützt werden kann. Ein positives Ergebnis unterstellt, sind konkrete Folgen der Gefahrengemeinschaft aufzuzeigen, bis hin zur Festlegung einer Grenze für den Gesetzgeber, die bei Reformüberlegungen vor allem im Hinblick auf weitere Verbraucherschutzbestrebungen zu beachten ist. Auch eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der Solidarität und dessen Verhältnis zum Gefahrengemeinschaftsprinzip ist notwendig. Die sich aus der Gefahrengemeinschaft ergebenden Auswirkungen bzw. Rechtsfolgen sollen anhand konkreter Beispiele aus dem Versicherungsalltag vertieft beleuchtet

³⁷ So auch (etwas zu allgemein) *Hesberg/Karten NVersZ 1999, 1 (4): „Aus der angeblichen ‚Natur‘ der Versicherung kann also nichts Allgemeingültiges gefolgert werden [...]. Da sie eine bestimmte Regelung weder gebietet noch verbietet, ist der Gesetzgeber insoweit frei.“*

³⁸ *Dreher Rechtsprodukt S. 3: „Versicherung ist ein abstraktes Gut, sie wird ausschließlich durch Rechtstexte vergegenständlicht“; Pachlatko Wertfragen S. 147 im Hinblick auf den Zweck, den Nutzen der Versicherung.*

werden, unter Einbindung aktueller Fragestellungen wie z.B. der Debatte um die Genomanalyse und den Basistarif in der Privaten Krankenversicherung. Ziel ist es, ein rechtliches Modell der Gefahrengemeinschaft zu entwickeln, welches den Anforderungen des modernen Marktes gewachsen ist und gleichzeitig Leitlinien für die am Versicherungsverhältnis Beteiligten vorgibt.

§ 3 Der Gefahrengemeinschaftsgedanke im deutschen Rechtssystem

Der Frage nach dem Gefahrengemeinschaftsgedanken in der Versicherung nähert man sich am besten von der begrifflichen Seite. Zwar wird der Begriff der Gefahrengemeinschaft in Literatur und Rechtsprechung nicht selten verwendet; was allerdings genau darunter zu verstehen ist und welche Konstellation sich dahinter verbirgt, ist nicht unbedingt auf den ersten Blick klar bzw. möglicherweise sogar bisher nicht abschließend festgelegt. Die Lokalisierung einer Gefahrengemeinschaft in der Versicherung kann daher nur schwer vorgenommen werden, ohne dass zuvor eine Verständigung über die zu suchenden Inhalte getroffen wurde. Hierfür ist eine Analyse der Fallgruppen dienlich, welche in anderen Bereichen des Rechts als „Gefahrengemeinschaften“ bezeichnet werden. Zuvor ist jedoch ein Blick auf die Verwendung des Gefahrengemeinschaftsbegriffs in der Sprachregelung der verschiedenen Akteure des Versicherungssektors zu werfen.

I. Intentionen bei der Verwendung des Begriffs im Versicherungsrecht

Um die im Fortgang dieser Arbeit heranzuziehenden Quellen einordnen zu können, ist es ratsam, vorab zu überprüfen, welche Intentionen der Verwendung des Begriffs „Gefahrengemeinschaft“ zugrunde liegen. Dies ist je nach Gruppenzugehörigkeit unterschiedlich, wie bereits im Einleitungsabschnitt angeklungen ist. Eine saubere Aufarbeitung und Interpretation der Literatur im Hinblick auf Einzelfragen zur Gefahrengemeinschaft kann nur dann erfolgen, wenn der Blick immer auf das dahinter stehende Gesamtkonzept der Versicherung gerichtet bleibt, welches der jeweilige Autor vertritt, und seine darin enthaltenen Interessen Berücksichtigung finden.

Zudem stellt sich die Frage, ob Versicherungswirtschaft und -wissenschaft den Begriff der Gefahrengemeinschaft in Übereinstimmung mit den anderen Rechtsbereichen verwenden, in welchen dieser Gedanke Platz greift. Dies soll in Kapitel 1, § 3 IV näher untersucht werden.

Stichwortverzeichnis

- Abschlusskosten 99 f., 202 f.
- Aktiengesellschaft 48 f., 57, 61, 72, 75, 76,
118, 142, 166
- Alles-oder-Nichts-Prinzip 240 ff., 317
- Arbeitnehmerhaftung 256 f.
- Mitverschulden 254 f.
- Quote *siehe Quotelung*
- Verantwortungsbereiche 254 f., 256 f.,
261 ff.
- Allgemeine Versicherungsbedingungen
- Auslegung, objektive 289 ff.
- Ausschlussklausel 79, 298, 299, 308 ff.,
350
- Bedingungsanpassung 31, 193 f., 233 f.,
321 ff.
- Benachteiligung 273, 288, 300, 302 f., 304,
307 f., 311, 314, 315, 318, 320, 321
- „contra insurer“ doctrine 88
- Inhaltskontrolle 31, 149, 288, 289, 290,
302 ff., 321, 329 f., 346
- Klauselersetzung 322 ff.
- Kontrollfreiheit 288 f.
- Musterbedingungen 244, 287 f., 319
- Transparenzkontrolle 288, 299, 300 f., 318
- Umstände, individuelle 290 f., 321
- Unklarheitenregel 289 f., 293 f.
- Unwirksamkeit 287, 306 ff., 312, 321 f.,
328 ff.
- Verwirkungsklausel 317
- Zehnjahresklausel 317 ff.
- Alterungsrückstellung 107 f., 178, 193, 325
- Anonymität 17, 18, 20, 22, 51, 75, 121
- Ansparung 104, 311 ff.
- Anspruch auf die Versicherungsleistung
siehe Deckungsanspruch
- Anwartschaft 37, 96, 107, 109 ff., 193
- Äquivalenz
- Global- 35, 53
- , individuelle 35, 38, 53 f., 66 ff., 126, 128,
172 f., 185 f., 189, 191, 195 ff., 207 ff.,
211, 212 ff., 223 ff., 283, 331, 344, 250,
359 *siehe auch Differenzierung*
- , kollektive *siehe Globaläquivalenz*
- Arbeitslosenversicherung 35, 77, 312 ff.
- Ausschlussklausel *siehe Allgemeine Versi-
cherungsbedingungen*
- AVB *siehe Allgemeine Versicherungsbedin-
gungen*
- Basistarif 126, 191 ff.
- Bedingungsanpassung *siehe Allgemeine
Versicherungsbedingungen*
- Begrenzungsfunktion 126 f., 154, 159 ff.,
171, 207, 260, 279, 280, 347, 350, 358,
362
- Bereicherungsverbot 180 ff.
- Berufsunfähigkeitsversicherung 36, 208,
271, 285, 311, 322, 329
- Beweis
- „äußeres Bild“ 344 ff.
- -maß 343 ff., 350
- -last 223, 239, 241, 249, 250, 343 ff.
- Entwendungsfälle 343
- gestaffelte Voraussetzungen 345 ff.
- Redlichkeitsvermutung 345
- case law 87, 251 *siehe auch common law*
- collegia tenuiorum *siehe Sterbekasse*
- common law 85 ff., 90, 151 *siehe auch case
law*
- culpa in contrahendo 220 f., 330 ff.
- Datenschutz 206
- Deckungsanspruch 103 ff., 115 f., 125
- Differenzierung 37, 118, 126, 179, 185 f.,
190 f., 195 ff. *siehe auch Äquivalenz, in-
dividuelle*
- diligentia quam in suis *siehe Sorgfalt,
eigenübliche*
- Diskriminierung 195 ff., 196
- Drittinteressen *siehe Kollektivinteressen*
- Eigentum 91 ff., 193, 260
- Chance 965 104, 106 ff.

- Schutzgut 104 ff. *siehe auch Gefahrtragungstheorie und Geldleistungstheorie*
- Einheitsprämie 38, 173, 177, 225, 283
- Einlösungsprinzip *siehe Prämien*
- Elementarschadenversicherung 70, 73, 187 ff.
- Entwertung 113, 115, 116, 119, 127, 193, 220, 236, 262 f., 273, 279, 309, 317, 343, 345, 347, 350
- Erwerbsversicherung 58 ff., 65, 73, 81, 359 *siehe auch Seeversicherung*
- Ethik 15, 17, 18, 22, 65, 89, 125, 150, 157, 327, 353
- Fahrlässigkeit 88, 251, 255, 256, 259, 262, 314
- , einfache 169, 230, 236, 241, 248 ff., 259, 262, 266, 269, 270, 271, 276, 277, 279, 280, 299
- , grobe 169, 220, 230 ff., 244 ff.
- , leichte 248, 256
- , mittlere 277 ff., 281
- foenus nauticus 59
- Garantiefunktion 126 f., 154, 165, 167, 170, 171, 185 f., 195, 202, 207, 209, 211, 222 f., 228 f., 262, 265, 280, 282, 320, 332, 345, 347, 349 f., 356, 360, 362
- Gefahr 21, 27 f., 36, 44, 45, 58, 62, 75, 79, 121, 132 f., 187 ff., 192, 226, 229 ff., 235 ff., 267
- Gefahrgemeinschaft
 - Gesamtschuldner 24 f.
 - Gläubiger 23 f.
 - Haftungsablösung durch Versicherungsschutz 27
 - Miteigentümer 23 f.
 - Rechtsnatur 128 ff.
 - Rechtspersönlichkeit 128 ff., 157, 170
 - Selbstaufopferung im Straßenverkehr 25 f., 133
 - Strafrecht 26
- Gefahrerhöhung 151, 235 ff., 267, 281, 319
- Gefahrtragungslehre 104 ff.
- Gegenseitigkeit 5, 17, 18, 26, 27, 41, 42, 46, 50, 51, 62 ff., 74, 90, 135, 148, 173
- Geldleistungstheorie 104 ff.
- Gemeinschaft 7, 11, 12, 18 ff., 29, 41 f., 68, 130, 135, 150, 192, 269,
- Genomanalyse 207 ff.
- Genossenschaft 5, 41, 44, 46, 49 ff., 57, 62 ff., 81, 128 f., 156, 173 *siehe auch Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit*
- Geschäftsbesorgung 135 ff., 140 ff., 147, 214, 216
- Geschlecht 185, 190, 196 ff.
- Gleichbehandlung 4, 34, 116 ff., 131 ff., 161, 172 ff., 214, 219, 234, 253, 283, 286, 331, 340, 349, 359, 362
- Altbestand/Neukunden 178 ff.
- verfassungsrechtlich 116 ff.
- Großrisiken 53, 55, 70, 73, 211, 287, 341
- Haftpflichtversicherung 241, 271, 319 f., 332 ff.
- Kfz- 173, 195, 304
- Havaree 58, 130, 139
- Heilbehandlung, notwendige 294 ff., 323 ff.
- Herbeiführung des Versicherungsfalles *siehe Versicherungsfall*
- Homogenität 19, 186, 263, 287, 317, 321
- Individualisierung 76, 81, 168, 185 f., 207, 246 *siehe auch Differenzierung*
- Individualvertrag 6, 31, 54, 79, 82, 89, 101, 112, 126 f., 130, 132 f., 141, 147, 153, 154, 157, 160, 165, 171, 287, 307, 353, 355, 361
- Inhaltskontrolle *siehe Allgemeine Versicherungsbedingungen*
- Interessengemeinschaft, schlichte 130 ff.
- Internationales Privatrecht 339 ff.
- Jedermannversicherung 52, 125, 237 *siehe auch Massenversicherung*
- Kalkulation *siehe Prämien*
- Kapitallebensversicherung 29, 33 f., 55, 74, 92 ff., 103 f., 137, 173, 177, 179, 185, 199, 207, 217, 218, 301, 322, 362
- Kausalität *siehe Obliegenheiten*
- Kfz-Haftpflichtversicherung, *siehe Haftpflichtversicherung*
- Kollektiv 6, 13, 15, 20, 22, 31, 38, 53, 55, 67, 69 f., 72 ff., 77, 97, 114, 119 f., 126, 129, 150, 153, 155, 166, 176, 178 f., 181, 185, 222, 225 ff., 229, 231, 234 f., 263, 273, 340 f., 359, 362
- -interessen 13, 22, 65, 82, 84, 87, 132 f., 153, 155, 156, 159 ff., 168, 170, 177, 232, 258, 304 ff., 320, 350, 353, 356, 360 ff.
- Kollusion 182 ff.
- Krankenversicherung 31, 36 f., 38, 70, 107, 115, 117, 126, 173, 178, 191 ff., 218, 222, 233 f., 239, 293, 294 ff., 310, 312 f., 324
- Kündigung 99 f., 101 f., 107, 194 f., 222,

- 225 f., 230 ff., 236, 239 f., 318 f., 329
 Kulanz 202, 204, 210 ff., 222
 Lebensversicherung *siehe Kapitallebensversicherung*
 Leistungsfreiheit *siehe Obliegenheiten*
 Lex Rhodia de iactu 16, 21, 25, 58, 130
 Lloyd's 55, 85, 361
 Marketing 7, 12, 14, 157, 354
 Massengeschäft 17, 52 f., 67, 69, 71, 74,
 147, 150, 158 f., 165, 171, 175, 211, 286,
 287, 290, 313, 321, 322, 341, 350, 356,
 361
 Monopolversicherer 187 ff.
 Moral 15, 21, 65, 76 ff., 121, 125, 157, 269,
 327, 353, 355, 360
 moral hazard 6, 76 ff., 86 f.
 – moralisches Risiko 87, 242, 263 ff., 282
 Musterbedingungen *siehe Allgemeine
 Versicherungsbedingungen*
 mutualisation des risques 82
 Nachschusspflicht 50, 65, 112, 113, 141 ff.,
 144 f., 146,
 Nationalsozialismus 15 f.,
 Obliegenheiten 72, 89, 133, 220 f., 228 ff.,
 283, 317, 340, 346
 – Anzeige- 86, 127, 151 f., 167, 206, 229 ff.,
 243, 267, 278, 281 f.
 – Aufklärungs- 151, 235, 238, 242, 249, 259,
 267, 350
 – Ausschlussfrist 234 f.
 – Differenzierung 266 ff.
 – Kausalität 4, 237 ff., 248
 – Kenntnis 234
 – Kündigung 230 ff., 236, 239 f.
 – Leistungsfreiheit 89, 220, 239, 241, 248,
 249, 250, 259 f., 266, 268, 271, 273, 278,
 279, 281, 282, 311
 –, „verhüllte“ 279
 –, vertragliche 237 ff., 249, 280
 – vor Vertragsschluss 86, 127, 151, 229 ff.,
 243, 278, 281 f.
 Neuwertversicherung 43, 180 f.
 Ökonomie 6, 9, 50, 65 ff., 81, 85, 91, 105,
 116, 125, 130, 132, 149, 156, 159, 166,
 175, 320, 341, 354, 355
 Optimierung 212 ff., 283
 Pflegeversicherung 35, 77, 190 f., 191, 193,
 195, 208, 296, 312
 Pflichtversicherung 35, 238, 309 *siehe auch
 Kfz-Haftpflichtversicherung und Pflege-*
versicherung
 Prämien
 – -anpassung 31, 112, 120, 160, 179, 193 f.,
 233 f., 311, 322 ff.
 – Brutto- 66, 137, 212, 219
 – Einlöschungsprinzip 222 f.
 – Netto- 66, 213
 – -erhöhung 71, 108, 115, 160 f., 167, 199,
 230, 233, 236, 242, 269 f., 284, 305, 307,
 309, 314, 315, 318, 323 ff., 334 f.
 – -kalkulation 12, 38, 45, 51, 61, 67 ff., 71,
 85, 86, 88, 100, 106 ff., 138, 143, 145,
 151 f., 160 ff., 182, 183, 189, 191, 193,
 194, 196, 199, 205, 206, 212 ff., 224, 225,
 230 ff., 250, 257, 264, 270, 287, 295, 300,
 306, 209, 310, 316, 317 ff., 322 f., 325,
 327, 335, 337, 355
 –, „überhobene“ 113, 143, 146, 214 ff., 283,
 338, 360, 362
 – Risikozuschlag 36, 66, 138, 167, 178 f.,
 209
 – Rückerstattung 113, 139, 145, 214 ff., 283,
 322, 360
 – Sicherheitszuschlag 66, 70, 138, 143,
 216 f.
 – Unteilbarkeit 223 ff.
 – Zurückbehaltungsrecht 342 f., 347
 Privatversicherung 4, 9, 28, 34 ff., 43, 45,
 53 f., 69, 77, 80, 110, 111, 112, 121,
 125 f., 148, 150, 172, 175, 185, 186, 190,
 195, 196, 198, 199, 221, 237, 246, 265,
 269, 349, 359
 Prinzip der Großen Zahl 45, 52, 65 ff., 135,
 164, 185, 213, 225, 286
 Provisionsteilungsverbot 199 ff., 357
 Prozessführung 319 f.
 Prüfpflicht 204 f., 206, 210, 267
 punitive damages 335 ff.
 Quersubventionierung 20, 67, 96, 138, 144,
 215
 Quotelung 4, 89 f., 236 f., 239, 240 ff., 283
 – Beweislast 241
 – Folgen 263 ff., 265 f., 269 f.
 – Maximalquote 274 f.
 reasonable expectations doctrine 87 f., 251
 Rechtsschutzversicherung 179, 205, 221,
 298, 310, 313 ff.
 Reform 4, 9, 40, 147, 170, 181, 223, 224,
 228, 230, 233, 240, 241, 243, 244, 249,
 254, 266, 269, 270, 273, 274, 275, 276,

- 278, 280, 281, 282, 284, 297, 317, 318,
322, 323, 325, 327
- Regressnahmepflicht 341 f.
- Reisegepäckversicherung 177
- Relevanzrechtsprechung 248 *siehe auch*
Obliegenheiten – Kausalität
- Risikoäquivalenz *siehe Äquivalenz*
- Risikoausgleich
- im Kollektiv 12, 20, 22, 32, 33, 34, 36, 37,
41, 42, 44, 46, 53, 54, 55, 65, 70, 71 ff.,
81, 82 ff., 91, 114, 119, 126 ff., 133, 139,
140, 141, 142, 143, 144, 147, 148, 152,
153, 157, 159, 162, 165, 171, 173, 175,
176, 178, 186, 187, 188, 191, 202, 203,
204, 213, 217, 223, 228, 258, 262, 272,
283 f., 287, 299, 305, 312, 317, 327, 334,
335, 337, 338 f., 347 f., 349, 353 f.,
355 ff.
- in der Zeit 41, 70, 318 f.
- Risikoausschluss 12, 84, 159, 190 f., 215,
220 ff., 230, 233, 236, 244, 250, 263, 279,
280, 286, 287, 289, 298, 305, 308 ff., 318,
328, 338, 343, 349
- Risikozuschlag *siehe Prämien*
- risk distribution 82, 85, 88
- risk-pooling 55, 69, 73, 86, 125, 340
- Rückkaufswert 97, 99, 300
- Rückversicherung 73, 105
- Rückwärtsversicherung 182 ff.
- Sachversicherung 43, 52, 70, 77, 103, 177,
221, 271
- Sachverständiger 320
- Schadenerwartung 68, 185, 225
- Schadenversicherung 74, 180, 199, 218, 341
- Schmerzensgeld 27, 332 ff., 338, 347, 349
- Schrankenfunktion *siehe Begrenzungsfunkti-
on*
- Schwankungsrückstellung 70
- shareholder value 5
- Seeversicherung 57 ff., 64, 286 *siehe auch*
Erwerbsversicherung
- Sicherheitszuschlag *siehe Prämien*
- Sicherungsteam 155 ff.
- Sittenwidrigkeit 182 f.
- Solidargemeinschaft 13, 34 ff., 54, 98, 173,
181, 193, 208, 246, 358
- Solidarität 36, 37 ff., 54, 62, 63, 83, 89, 126,
186, 187 ff., 195, 196, 198, 265, 266, 269,
271, 359, 360, 362
- Sorgfalt 12, 27, 151, 169, 232, 239, 242,
244, 246, 248, 258, 261, 262, 263, 264,
265, 266, 267, 268, 269, 272, 276, 277,
278, 281, 299, 317
- , eigenübliche 252 f., 262
- Sozialversicherung 34 ff., 45, 53 f., 77, 110,
172 f., 177, 191, 193, 195, 238, 269, 271
- Sparten 20, 38, 52, 67, 70, 103, 126, 175,
214, 216, 219, 233, 234, 286, 287, 362
- Statistik 68, 71, 72, 73, 115, 157, 164, 177,
188, 195, 196, 197, 198, 199, 207, 209,
216, 217, 237, 270, 283
- Sterbekasse 17, 51, 62
- Summenversicherung 42, 43, 44
- Takaful 90
- Tarifstrukturzuschlag 178 f.
- Transparenzkontrolle *siehe Allgemeine
Versicherungsbedingungen*
- Treu und Glauben 87, 131, 149, 150 ff., 171,
245, 253, 265, 273, 297, 302, 306, 326,
328, 359
- Treuhand 135 ff.
- Begriff 136 f.
- „Ermittlungsrechtliche“ Versicherungs-
146
- Sicherungs- 145 f.
- Unternehmermodell 148, 176
- Versicherer als Treuhänder 5, 11, 97,
135 ff., 146, 147, 162, 166, 176, 338, 358,
359
- Verwaltungs- 136, 139 ff.
- Treuhänderverfahren 31
- Überschussbeteiligung 3, 49, 65, 92 ff., 103,
114, 119, 125, 215, 218
- Unfallversicherung 27, 35, 74, 292
- Unisex-Tarif 4, 196 f.
- Unteilbarkeit *siehe Prämie*
- Verbraucher
- , „mündiger“ 169 f., 293
- -schutz 4, 9, 167 f., 169, 171, 228, 230,
235, 274, 283 f., 293, 303, 340
- -verbände 7, 11, 29, 205
- Versicherung
- Definition 36, 39 ff., 46 f., 55
- Bedarfstheorie 41 f.
- Funktion 41, 45, 55, 63, 74 ff., 77, 80, 89,
156, 164, 173, 190, 212 ff., 283
- Plانسicherungstheorie 42 ff.
- Schadensersatztheorie 41 f.
- Versicherungsanspruch, allgemeiner *siehe*
Deckungsanspruch

- Versicherungsaufsicht 29, 30 ff., 54, 55, 65, 72, 93, 96, 97, 128, 142, 146, 174, 200, 203, 216, 217, 219, 288, 359, 361
- Versicherungsbetrug 6, 78, 237, 243, 314
- Versicherungsfall 20, 21, 37, 40, 42, 45, 46, 50, 66, 68, 69, 78, 86, 88, 90, 101, 104, 105, 106, 108, 109, 110, 112, 114, 127, 133, 142, 148, 163, 164, 165, 180, 182 ff., 206, 211, 221, 222, 224, 225, 226, 231, 233, 236, 237, 239, 242, 242, 243, 248, 249, 252, 253, 260, 262, 266 ff., 278, 294, 295, 297, 301, 311, 315, 316, 319, 330, 331, 332, 343 ff., 355
- Herbeiführung 89, 91, 221, 240, 241, 248, 249, 250, 253, 254, 259, 269, 271, 278, 279, 281
- Versicherungsmakler *siehe Versicherungsvertreter*
- Versicherungsmathematik 6, 44, 61, 66 ff., 108, 114, 126, 155, 157, 175, 177, 193, 197, 217, 270
- Versicherungsprinzip 14, 22, 30, 37 ff., 45, 46, 65 ff., 116, 118, 121, 126, 140, 159, 177, 209, 214, 215, 261, 262, 283, 284, 312, 347, 353, 357, 359
- Versicherungsschutz *siehe Deckungsanspruch*
- Versicherungstechnik 6, 20, 30, 41, 46, 56, 65 ff., 82, 85 f., 89, 104, 114, 118, 126 f., 135, 144, 152, 153, 159, 165 f., 195, 198, 209, 215, 224, 227, 251, 283, 287, 293, 300, 305, 312, 315, 354, 359, 361 *siehe auch Versicherungsmathematik*
- Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit 5, 7, 17, 46, 48, 49 ff., 57, 62 ff., 65, 76, 113, 114, 129, 130, 142, 143, 173, 176, 362 *siehe auch Genossenschaft*
- , kleiner 21, 51 f., 74 f., 90, 192
- Versicherungsvertrag
- Auslegung, ergänzende 328 f.
- Relativität 134, 135, 153, 164, 170, 304
- Versicherungsvertreter 128, 199 ff., 221, 331, 342 f., 347
- Versicherungswirtschaft 11 f., 29, 157, 207, 229, 266, 287, 358
- Versicherungswissenschaft 13 ff.
- Vorsatz 58, 89, 230, 231, 234, 236, 237, 238, 239, 241, 248, 249, 250, 252, 255, 256, 259, 262, 266, 271, 272, 274, 278, 311
- VVaG *siehe Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit*
- Wartezeit 311 ff.
- Wettbewerb 45, 48, 54, 80, 106 f., 118, 142, 168, 170, 174, 176, 177, 182, 204, 210, 211, 212, 216, 217, 218, 219, 221, 265 f., 273, 288, 325, 357, 358, 360
- -freiheit 190, 203
- Wette 46 f., 53, 59, 87, 180, 354, 355
- Wirtschaftlichkeit 294 ff., 323 ff.
- Zillmerung 99